

Inhalt

• Vorwort	Seite	4
• Kapitel I: Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland	Seiten	5 - 7
• Kapitel II: Das deutsche Grundgesetz	Seiten	8 - 10
• Kapitel III: Der Aufbau des Bundesstaates	Seiten	11 - 13
• Kapitel IV: Die Staatsorgane der Bundesrepublik	Seiten	14 - 20
• Kapitel V: Wie ein neues Gesetz entsteht	Seiten	21 - 22
• Kapitel VI: Die Parteien in Deutschland	Seiten	23 - 25
• Kapitel VII: Das deutsche Wahlsystem	Seiten	26 - 28
• Kapitel VIII: Die Beteiligung des Bürgers am Staat	Seiten	29 - 30
• Kapitel IX: Der Abschlusstest	Seiten	31 - 32
• Die Lösungen	Seiten	33 - 35



Einleitung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Man sagt, das Interesse an der Politik lässt bei der Bevölkerung im allgemeinen stetig nach. Die Politikverdrossenheit der Bürger aufgrund von Intrigen und Skandalen in der deutschen Politik und nicht zuletzt auch durch nicht eingehaltene Wahlversprechen hat beachtenswerte Ausmaße erreicht. Bei fast jeder Bundes- oder Landtagswahl kann man beobachten, wie das Interesse des Wahlvolkes stetig abnimmt, sich aktiv an der Wahl zu beteiligen. Gerne wird hierbei das Argument gebracht, man müsse den „satten, selbtherrlichen und selbstgerechten“ Politikern einen Denktzettel verpassen. Dabei wird allerdings völlig außer Acht gelassen, dass eine gesunde und funktionierende Demokratie gerade von der aktiven Teilnahme ihrer Bürger lebt! Und nicht zuletzt durch den Wahlboykott großer Teile der Wahlberechtigten steigt die Chance rechtspopulistischer Parteien, in den Bundes- oder Landtag einzuziehen, da es gerade diesen Parteien oft gelingt, neben ihren Stammwählern auch Teile der Protestwähler auf ihre Seite zu ziehen. Das muss nicht sein. Gerade jungen Menschen sollte man die demokratischen Werte immer wieder vermitteln, damit die Grundfesten der deutschen Demokratie auch in Zukunft weiterhin Bestand haben können!

Die vorliegenden Arbeitsblätter verschaffen den Schülern einen grundlegenden Überblick über das politische System der Bundesrepublik Deutschland mit seinen Institutionen und Ämtern. Die Infotexte beinhalten reichlich viele Informationen und Fakten, wobei sie sich aufgrund der Komplexität des Themas auf das Wesentliche beschränken. Ziel des Arbeitsmaterials soll sein, den Schülern das grundlegende Wissen über das politische System Deutschlands zu vermitteln sowie deren Interesse zu wecken, sich mehr über politische Vorgänge im Land zu erkundigen und im Idealfall vielleicht sogar selbst politisch aktiv zu werden. Das Thema ist sehr wichtig, um die großen Zusammenhänge politischer und gesellschaftlicher Geschehnisse besser zu verstehen.

Es wünschen Ihnen viel Freude und Erfolg beim Durcharbeiten der folgenden Kopier-
vorlagen der Kohl-Verlag und

Lynn-Sven Kohl

Bedeutung der Symbole:



Einzelarbeit

EA



Partnerarbeit

PA



Arbeiten in
kleinen Gruppen



Arbeiten mit der

I. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland



Als im Jahre 1945 der Zweite Weltkrieg endete, lagen nicht nur Deutschlands Städte und das öffentliche Leben in Schutt und Asche. Auch politisch begann für das geschundene Land die Stunde null. Denn nachdem die Nationalsozialisten den Krieg verloren hatten und sich die ehemals herrschende Elite in alle Himmelsrichtungen verstreute, war das Land erstmal führungs- und orientierungslos. Die Zeit der **Besatzung** begann.

Deutschland war unter den Siegermächten England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion (heute Russland) in **verschiedene Besatzungszonen** aufgeteilt worden. Innerhalb dieser Zonen hatte die jeweilige Siegermacht das Sagen. Der Besatzer war für die Rechtsprechung verantwortlich und sorgte für die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Der sogenannte „*Alliierte Kontrollrat*“ mit Sitz in Berlin übte die oberste Regierungsgewalt aus und koordinierte ein gewisses einheitliches Vorgehen in den einzelnen Zonen. Er war jedoch durch die **unterschiedlichen Interessen der Westmächte und der Sowjetunion** in seiner Handlungsmacht erheblich eingeschränkt. Die nach Kriegsende **stetig wachsenden Spannungen** zwischen den Westmächten und der Sowjetunion führten schließlich dazu, dass eine **Teilung des ehemaligen deutschen Reichsgebietes in zwei unabhängige Zonen** nicht mehr zu verhindern war.

Nach und nach gab man den einzelnen Gebieten des ehemaligen deutschen Reiches ihre Souveränität zurück. Die heutigen Bundesländer entstanden. Im Jahre **1948** waren die alliierten Westmächte entschlossen, die unter ihrer Kontrolle stehenden Länder zusammenzugliedern und einen neuen Staat zu gründen. Da man sich sowohl wirtschaftlich als auch politisch nicht mit den sowjetischen Besatzern des deutschen Ostteiles einigen konnte, blieb die **künstlich erschaffene Grenze quer durch Deutschland** erhalten. Man entschloss sich dazu, trotz der territorialen Problematik eine neue **westdeutsche Republik** zu gründen. Dies geschah dann auch am **23. Mai 1949**, indem man das **deutsche Grundgesetz** als neue deutsche Verfassung verkündete und dem Land somit seine Souveränität zurückgab. Die **Bundesrepublik Deutschland** war geboren. Die sowjetischen Besatzer antworteten ihrerseits mit der Gründung der **Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949**. Somit gingen aus dem Territorium des ehemaligen deutschen Reiches 4 Jahre nach Kriegsende zwei souveräne Staaten hervor, die zwar zusammengehörten, aber unter dem politischen Einfluss zweier konträrer Weltmachtblöcke standen. Während der westliche Teil kapitalistisch wurde, stand die ehemalige DDR fest unter der kommunistischen Hand des Ostblocks. Kurios war die Situation der ehemaligen Hauptstadt Berlin. Diese war ebenso geteilt in einen alliierten und einen sowjetischen Teil. Da der westliche Teil Berlins der Bundesrepublik Deutschland zugesprochen wurde, befand sich die zur BRD gehörende Stadt Berlin mitten im Feindesland. Erreichbar war sie durch Luft, per Zug oder mit dem Auto durch drei aus dem Süden, der Mitte und dem Norden kommende Korridore.



Wirtschaftlich gesehen konnte sich die **westlich geprägte BRD** wieder enorm schnell entwickeln. Dies gelang der **kommunistischen DDR** nicht, vor allem deshalb wuchs im Laufe der Jahre in der Bevölkerung der Unmut über die ungleichen Verhältnisse in West und Ost. Im Jahre **1989** kam es zu **großangelegten Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen** gegen das von Staatssekretär *Erich Honecker* geführte Regime. Diese führten zum rasanten, erfreulicherweise friedlichen **Fall der Regierung** und machten den Weg frei für eine Wiedervereinigung. Die weltpolitische Lage war günstig, da die den Ostblock beherrschende Sowjetunion sich selbst im Umbruch befand. Der damalige *Präsident Michail Gorbatschow* stimmte der Wiedervereinigung ebenso zu wie die großen westlichen Siegermächte. Am **3. Oktober 1990** kam es dann zur **deutsch-deutschen Wiedervereinigung**. Zwei historisch zusammengehörende und durch den 2. Weltkrieg getrennte Gebiete waren wieder vereint. Im Jahre **1990** wurde wieder neue gesamtdeutsche Hauptstadt



I. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland



Aufgabe 1: Beschreibe, wie die Situation in Deutschland direkt nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 aussah!





Aufgabe 2: Beantworte die folgenden Fragen!

a) Wieso kam es zu stetig wachsenden Spannungen zwischen den Westmächten und den sowjetischen Besatzern?

b) Die Handlungsmacht einer bestimmten Institution wurde dadurch ebenfalls erheblich eingeschränkt! Welche Institution ist gemeint? Beschreibe, warum die Handlungsfähigkeit eingeschränkt war!

c) Welche Folgen ergaben sich aus den Spannungen?



Aufgabe 3:



Auf der Karte seht ihr Deutschland zwischen 1945 und 1948 in verschiedene Besatzungszonen aufgeteilt. Findet heraus, welche Siegermacht in welchem Bereich das Sagen hatte. Forscht nach, welche Besatzermacht in eurer Region war. Schildert die Erfahrungen der Zeitzeugen!



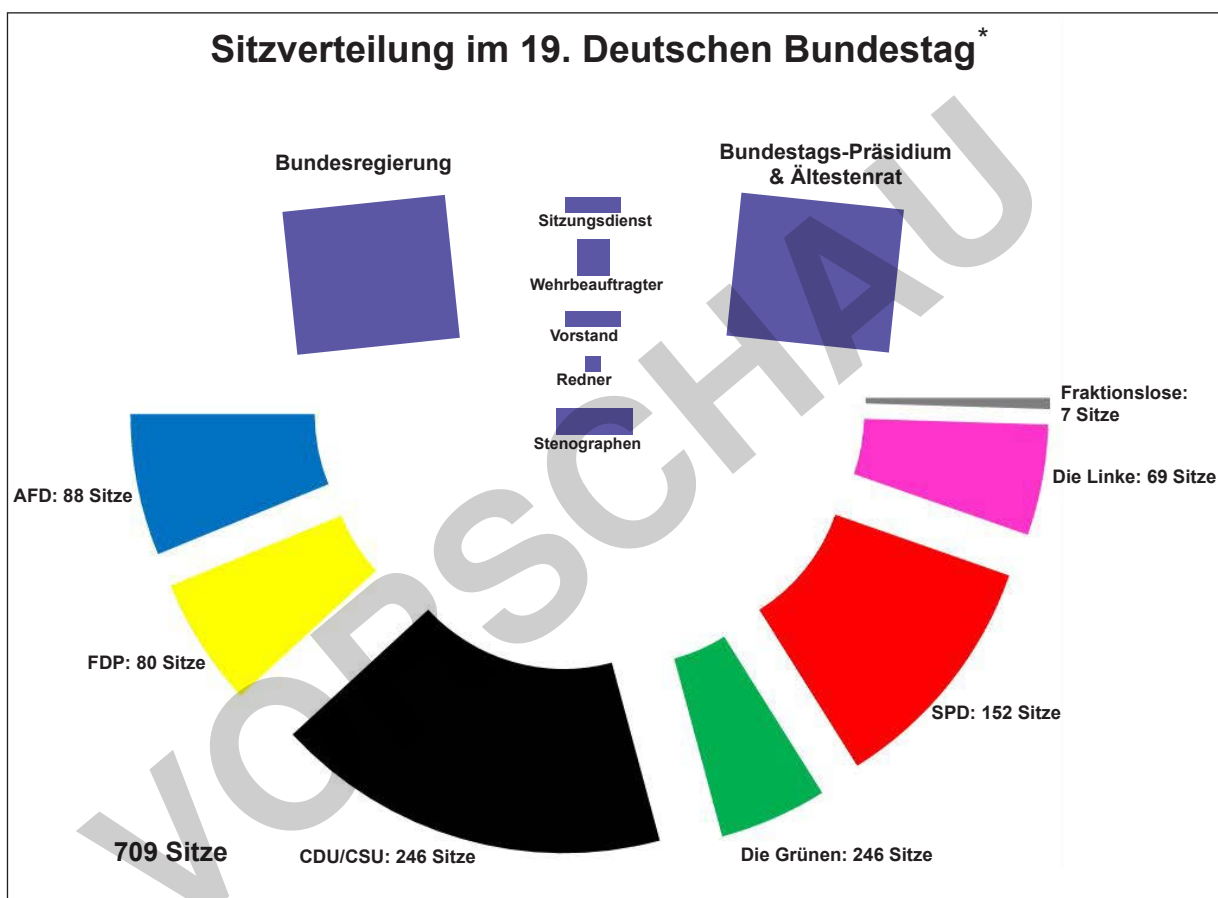
IV. Die Staatsorgane der Bundesrepublik



Aufgabe 3: Erläutert, was ein Misstrauensvotum ist. Kennt ihr einen Fall aus der neueren Geschichte, in der dies im Bundestag ausgesprochen wurde?



Aufgabe 4: Der Deutsche Bundestag



* Die Zahlen ändern sich nach jeder Wahl!

- Erkundige dich über die Sitzverteilung des Bundestages. Welche Parteien sind vertreten?
- Errechne die Anzahl der Sitze einzelner Fraktionen in Prozenten aus und erstelle ein Kreisdiagramm mit der aktuellen Sitzverteilung im Bundestag.
- Was ist eine Fraktion? Recherchiere.
- Auf der Abbildung oben findest du 709 Sitze. Eigentlich sind aber nur 598 Sitze vorgesehen. Wie ist es möglich, dass der Bundestag in einer Legislaturperiode mehr Sitze als vorgesehen enthält? Wie kommt es dazu?
- Recherchiere, welche Aufgaben das Bundestags-Präsidium und der Ältestenrat haben.

V. Wie ein neues Gesetz entsteht



Gesetze sind in einem demokratischen Sozial- und Rechtsstaat ein wichtiges Mittel zur Steuerung und Gestaltung der Verhältnisse im Land. Jedes neu vorgeschlagene Gesetz hat bis zur Verkündung einen langen Weg vor sich. Das Recht, einen Gesetzesvorschlag einzubringen, haben natürlich die Bundesregierung und der Bundestag, aber auch der Bundesrat.

Im **Bundestag** finden nach Einreichung des Gesetzesvorschlags **grundsätzlich drei Lesungen** statt, bei denen die neue Gesetzesvorlage beraten wird. Bei der *ersten Lesung* werden nur besonders wichtige Gesetzesvorhaben vom gesamten Bundestag beraten. Ansonsten wird ein Ausschuss gebildet, der die Gesetzesvorlage überarbeitet und anschließend an den Bundestag zurückgibt. Nun findet eine *zweite Lesung* statt, in der die Gesetzesvorlage Punkt für Punkt durchdiskutiert wird und die Abgeordneten das Recht haben, Änderungsanträge zu stellen. Diese werden per Abstimmung beschlossen oder abgelehnt. Direkt im Anschluss findet die *dritte Lesung* statt. Noch einmal wird sorgfältig über die neue Gesetzesvorlage beraten und anschließend darüber abgestimmt. Fällt die Abstimmung positiv aus, wird aus der Gesetzesvorlage ein (noch nicht verkündetes) Gesetz.

Jetzt landet das neu geschaffene Gesetz beim **Bundesrat**. Ist dieser damit ebenfalls einverstanden (dies wird durch Abstimmung festgestellt), landet das Gesetz beim Bundeskanzler, der es unterschreibt und an den Bundespräsidenten weiterreicht. Dieser verkündet das neu geschaffene Gesetz, welches dann sofort in Kraft tritt. Es kommt allerdings häufig vor, dass der Bundesrat Einwände gegen das Gesetz hat und es bei der Abstimmung ablehnt, wenn die Rechte und Interessen eines oder mehrerer Länder betroffen sind. Man unterscheidet zwischen **einfachen Gesetzen** (*Einspruchsgesetze*) und **zustimmungspflichtigen Gesetzen** (*Zustimmungsgesetze*).



Soll ein *einfaches Gesetz* den Bundesrat passieren, so hat dieser lediglich das Recht, Einspruch dagegen einzulegen. In diesem Fall landet das Gesetz beim **Vermittlungsausschuss**. Dieser besteht je zur Hälfte aus Bundesrats- und Bundestagsmitgliedern. Seine Aufgabe besteht jetzt darin, zwischen beiden Parteien zu vermitteln. Hat man sich auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt, kommt es erneut zur Abstimmung. Sollte der Bundesrat erneut gegen das Gesetz stimmen, so kann der Bundestag den Einspruch überstimmen und das Gesetz tritt trotzdem in Kraft.

Ganz anders ist das bei *zustimmungspflichtigen Gesetzen* (welche zumeist eines oder mehrere Länder besonders betreffen). Wieder landet das Gesetz im Falle der Ablehnung durch den Bundesrat beim Vermittlungsausschuss. Hat dieser sich geeinigt, wird erneut abgestimmt. Bleibt es jetzt (wieder durch Abstimmung) beim Nein, so ist das Gesetz gescheitert und kann nicht in Kraft treten!

Eine Besonderheit bilden Gesetze, die eine *Verfassungsänderung* zum Ziel haben. In diesem Fall ist keine einfache, sondern eine Zweidrittelmehrheit sowohl bei Abstimmungen im Bundestag als auch im Bundesrat nötig, ohne die das Gesetz sofort gestoppt würde.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass durch ungleiche Machtverhältnisse im Bundestag und Bundesrat (wenn z.B. die SPD die Bundesregierung stellen und die CDU/CSU im Bundesrat eine deutliche Mehrheit besitzen würde) das Verkünden von wichtigen Gesetzen teilweise aus parteitaktischen Gründen völlig blockiert werden kann. Dies kann dazu führen, dass es zu einem erheblichen Gesetzesstau kommt, der dem Land unter Umständen erheblich schaden könnte. Dies hat in jüngster Zeit zu tiefgreifenden Diskussionen über das gegenwärtige Modell geführt.



VIII. Die Beteiligung des Bürgers am Staat



PA

Aufgabe 1: *Erklärt euch gegenseitig!*

- a) Gerade sind Landtagswahlen in Bayern. Frau Müller, die aus München stammt, befindet sich aber bei ihrer kranken Mutter an der Ostsee. Von dort kann sie am Wahltermin unmöglich weg. Muss sie nun auf ihre Stimmabgabe bei der Landtagswahl verzichten?
- b) Was versteht man unter der „aktiven Wahlbeteiligung“? Warum nimmt diese allgemein von Wahl zu Wahl immer stärker ab?



Aufgabe 2:

„Ich bin ziemlich sauer auf meine Partei. Kaum einer der Punkte des letzten Parteiprogrammes wurde umgesetzt! Ich habe es satt, verschaukelt zu werden. Deshalb werde ich den Politikern eins auswischen, indem ich bei der nächsten Wahl erst gar keine Stimme abgeben werde! Ich gehe gar nicht mehr zur Wahl!!“



Was denkt ihr darüber?
Handelt Herr Huber richtig?
Diskutiert in Gruppen!



EA

Aufgabe 3:

In einer funktionierenden Demokratie zählt jede Stimme!



- Schreibe auf, wie du über diese Aussage denkst!
- Erkläre auch, warum du diese Aussage unterstützt oder ablehnst.



EA

Aufgabe 4:

Welche Möglichkeiten kannst du (sobald du volljährig bist) ausschöpfen, um deine politische Meinung kundzutun? Schreibe auf.
